

Abonnementspreise

Gür Basel  
und die ganze Schweiz:  
1 Monat . . . Fr. 2.50  
3 Monate . . . 7.—  
6 . . . 12.—  
12 . . . 22.—  
Bei Postabonnements  
30 Cts. Zuschlag.  
Unter persönlicher Aufsicht  
Zuschlag.  
Für das Ausland Fr. 14.—  
per Quartal; wo Post-  
abonnement möglich auch  
wöchentlich möglich.

# Basler Nachrichten

## Finanz- und Handelsblatt (Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Redaktion:  
Gerbergasse 40. • Telephon 3057.  
Telephon der Handelsredaktion 5757.

Expedition:  
Gerbergasse 40. • Telephon 3041.  
Postfach-Porto V 2400 (Basel).

Insertionspreise.  
Die 1-spaltige Reklamelle  
zeile ober deren Raum:  
Für Basel 50 Cts.  
Für die Schweiz 50 Cts.  
Für das Ausland 75 Cts.  
Reklamen für 2.50. Bei  
größeren Aufträgen Rabatt.  
Inserate nehmen entgegen  
die Expedition des  
Blattes sowie sämt-  
liche Annoncen-Bureau  
des In- und Auslandes.  
Für die Aufnahme von  
Anzeigen an bestimmt vor-  
geschriebenen Stellen aber  
Tagen wird keine Verant-  
wortlichkeit übernommen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Gerichtshaus N.-G. Telephon 3339. — Annoncen-Regie: Publicitas A.-G. Schweiz. Annoncen-Expedition.

### Neuestes.

Der Bundesrat wird sich am Montag mit dem Entwurf eines bringlichen Bundesbeschlusses über die Kontingenzierung der Einfuhr befassen. Danach kann der Bundesrat die Einfuhr bestimmter von ihm zu bezeichnender Waren beschränken oder von einer Bewilligung abhängig erklären.

Der Bundesrat hat sich am Freitag eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die auf 1. April vorgesehene Liquidierung der Kohलगenossenschaft beschleunigt und wie vor Ende Juni der Kohlenpreis für den Konsumenten auf die heutige Marktlage gebracht werden könne.

Der Bundesrat wird am Montag die Vorlage betr. die Zollzuschläge zum Ausgleich der Geldentwertung beraten und sofort den Räten zugehen lassen.

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement bringt in einem Kreisschreiben an die kantonalen Polizeidirektionen auf Fernhaltung aller den Arbeitsmarkt belastenden Ausländer.

Der Bundesrat hat auf Anfrage des Generalsekretariates des Völkerbundes zugesagt, daß die Schweiz die Revisoren für die Geschäftsführung des Sekretariates in Genf stellen werde.

In der französischen Kammer verlangte Briand in einer Rede über die Politik des Kabinettes, daß das Gaus mit aller Klarheit der Regierung ihr Vertrauen geben oder verweigern müsse. Auf das Verhältnis zu Deutschland eintretend, erklärte Briand, es wäre eine Verneinung der Gerechtigkeit, wenn die Urheber des Krieges sich der Genugtuung entzögen und wenn Deutschland, dessen Fabriken und Bergwerke intakt geblieben seien, aus dem Krieg mit einem Vertrage hervorginge, der im alle Märkte der Welt öffnete, während Frankreich ins Elend geriete. Trotz alledem gebente Frankreich nicht mit systematischer Anwendung der Gewalt gegen Deutschland vorzugehen. Frankreich sei bereit, zu verhandeln und die Not, welche die Welt bedrücke, zu berücksichtigen. Die Rede Briands wurde von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen und weitläufiger beurteilt, als die Regierungserklärungen vom Donnerstag. Die Kammer genehmigte zum Schluß ein Vertrauensvotum für die Regierung mit 475 gegen 68 Stimmen.

Dr. Simons hielt vor dem deutschen Reichstag die erwartete Rede über die Stellung Deutschlands zu Sowjetrußland und wies

### Tagesbericht.

22. Januar.

O. Mit Spannung erwartet die Welt, was nächste Woche die interalliierte Ministerkonferenz in Paris bringen wird. Optimistische und pessimistische Prognosen wechseln miteinander ab. Bald heißt es, in der wichtigen Wiedergutmachungsfrage sei eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich so gut wie abgeschlossen, und die Konferenz brauche nur noch ihren Segen zu geben. Bald wird wieder alles widerrufen und behauptet, nur ein Diktat mit nachfolgenden Zwangsmaßnahmen könne Deutschland zur Ratifizierung bringen. Mit diesem Diktat ist es so eine Sache: die Miierten können wohl Deutschland eine bestimmte Wiedergutmachungssumme vorschreiben, ja sie müssen es gemäß dem Vertrag von Versailles sogar bis zum 1. Mai 1921 tun; aber Frankreich hält die Fixierung einer bestimmten Summe zurzeit noch für untunlich; will es dieser Auffassung Geltung verschaffen, so muß es entweder den Vertrag von Versailles verlegen oder sich mit den Deutschen arrangieren. Das Diktieren ginge also nicht so einfach, und es besteht bei der neuen französischen Regierung die deutliche Tendenz, mit gütlicher Verständigung auszukommen. Daher der Besuch Briands auf der deutschen Botschaft, der eigentlich das beste Omen für eine friedliche Abwicklung ist.

Als mögliche Verständigungsbasis wird am meisten ein Projekt diskutiert, das auf den Direktor der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Seydoux, zurückgeht und schon auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz im Dezember viel Beachtung gefunden hat. Den Deutschen würde bei Zugrundelegung dieses Projektes vorläufig unter beiderseitigem Verzicht auf wörtliche Erfüllung des Versailler Vertrages keine fixe Wiedergutmachungssumme vorgeschrieben, sondern nur eine für fünf Jahre gleich bleibende Annuität, als deren Betrag drei Goldmilliarden Mark genannt werden. Dabei sollen unter den deutschen Leistungen nicht so sehr Geldzahlungen als Lieferungen von Rohstoffen und Fertigfabrikaten für den Aufbau der zerstörten Gebiete die Hauptrolle spielen. Die

Spekulation machen zu wollen, Geld leihen, wenn er fürchten muß, daß es nach Ablauf von fünf Jahren mit französischen Forderungen bedrängt werden kann, die es bankrott machen? Wer wird Frankreich leihen, wenn er keine annähernde Kenntnis vom Umfang der französischen Aktiven hat und die Möglichkeit vor sich sieht, daß der Schuldner sich in fünf Jahren, um soeben zu bleiben, in militärische Abenteuer stürzt, die den Frieden Europas aufs neue gefährden? Wie soll Deutschland fleißig und rationell arbeiten, wenn es weiß, daß, je mehr es während der fünf Probejahre leistet, gerade auf Grund dieser seiner Leistungsfähigkeit desto unmäßigere Forderungen kommen werden? Sollen wir Neutrale, soll Amerika der Geldgeber sein, der unter diesen Umständen das Projekt Seydoux finanziert? Jemand jemand muß dies ja tun, sonst werden die auf die deutsche Regierung gezogenen Wiedergutmachungswchsel nirgends akzeptiert.

Auf alle diese Fragen gibt es nur eine Antwort: natürlich kennt man in Berlin und in Paris die Uebelstände, die die Vertagung der Festsetzung der Wiedergutmachungssumme mit sich bringt; aber weder die deutsche, noch die französische Regierung kann heute die Fixierung riskieren wegen des Wutgeheuls, das in den immer noch so mächtigen Nationalistenkreisen losginge, in Deutschland wegen der Höhe, in Frankreich wegen der Niedrigkeit des Betrages. Beiderseits zieht man eine sachlich schlechtere Lösung der besseren vor, die das Risiko eines großen Chauvinistenstrachs mit sich brächte. Man tröstet sich mit dem Zeitgewinn und hofft, in fünf Jahren werde sich besser mit den Reuten reden lassen. Und Europa sieht dieser Lösung, die keine Lösung ist, billigend zu. Wie bescheiden ist Europa geworden!

Oder wird, auch wenn sich Deutschland und Frankreich einigen, auf der Pariser Ministerkonferenz doch opponiert werden, und zwar von seiten Englands? Man traut dies an gewissen deutschen Stellen der englischen Politik zu, weil der durch das Projekt Seydoux bedingte intime deutsch-französische Handelsverkehr die kommerziellen Zirkel Englands stören könnte. Ob nun Deutschland die drei Goldmilliarden alljährlich in Kohlen oder in Fabrikaten

präsidenten gab, näher ausführt, schreibt das „Petit Journal“: Diese Note bringt interessante Aufklärungen über den gegenwärtigen Stand der Reparationsverhandlungen und über die Absichten der deutschen Regierung am Vorabend der Konferenz. Es zeigt sich die folgende sonderbare Lage: Frankreich anerkennt die teilweise Zahlungsunfähigkeit seines Schuldners und ist bereit, für den Augenblick bloß Teilzahlungen durch Annuitäten zu fordern, es fast sogar ein Abkommen ins Auge, wodurch Deutschland ein Teil der Gesamtschuld erlassen würde. Und Deutschland quittiert dieses Opfer, indem es neue Bedingungen stellt und droht, die Verhandlungen abzubrechen, wenn Frankreich darauf nicht eingehe. Diese Bedingungen, welche die Besiegten den Siegern auferlegen wollen, sind unerhört. Da ist zum Beispiel die Herabsetzung der Besetzungskosten in den Rheinlanden. Und dann verlangt Deutschland nichts weniger als die Revision der wichtigsten Vertragsartikel zu seinen Gunsten. Die französische Regierung hat in ihrer Ministererklärung verkündet, daß Frankreich nur im äußersten Falle zur Gewalt greifen werde, daß es Deutschland lieber überzeugen als zwingen will. Deutschland gefährdet aber durch diese seine Haltung diese Hoffnung, und wenn es der Konferenz eine allzu schwierige Aufgabe stellt, dann wird sich die Konferenz aufs neue mit Sicherungen beschäftigen und sich für deren Durchführung entscheiden.

„Excelsior“ bemerkt, wenn Deutschland sich in seiner Note zur Ausführung der Wünsche der Gegenseite bereit erklärt, so könne man angesichts der fünf Bedingungen, von denen Deutschland seine Bereitwilligkeit abhängig macht, diese Erklärung nicht ernst nehmen. Diese Bedingungen sind die Forderungen von Hugo Stinnes und der mächtigen Gruppe deutscher Industrieller, deren Führer er ist. Deutschland müsse doch wissen, daß Frankreich diese Bedingungen auch nicht einen Augenblick lang ernstlich in Betracht ziehen könne.

Auch das „Deubre“ erklärt, daß Deutschland die Annahme der vorläufigen Festsetzung der Wiedergutmachungen auf fünf Jahre an unannehmbar

genommen werden. Ausland werde ohne Hilfe Deutschlands nicht gefunden können. Es gelte deshalb, die Wege zu näheren Beziehungen zu suchen, wobei jedoch Deutschland bei allem Entgegenkommen auf seine Lage als besiegter Staat Rücksicht zu nehmen habe.

Die deutsche Delegation in Paris wird unter der Führung Bergmanns in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der Entente über die französischen Vorschläge zur Durchführung der Sachleistungen in Verhandlung treten, nachdem sich Bergmann jetzt von Berlin die deutschen Vorschläge geholt hat und im Einverständnis mit der Berliner Regierung verhandelt.

Nach Informationen aus London beabsichtigt Lloyd George die Absendung einer Note an die deutsche Regierung vorzuschlagen, welche auf die Entwaffnung dringt und dafür eine Frist ansetzt. Frankreich trete für eine möglichst kurze Fristsetzung ein.

Die französische Presse ist über die Bedingungen, die Deutschland vor der Annahme der Ratenzahlungsvorschläge aufstellt, erbost und bezeichnet die deutschen Begehren als unannehmbar.

In Berlin verlautet, daß im Anschluß an die Pariser Ministerkonferenz die Verhandlungen in Brüssel doch weitergeführt werden sollen.

In Ca  
verwaltung  
Bürgermei  
nach einer  
Arbeitslam  
Der Ob  
glen hat  
schafflichen  
Freigabe d  
ausgespro  
gegeben w  
gung für  
werden solle.

↓

den ersten. Sie seien auf die deutsche Regierung aus.

Auf deutscher Seite macht man seine Zustimmung zunächst von der Höhe der Annuitäten abhängig und bezeichnet die Summe von drei Goldmilliarden per anno als weit über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgehend. Ueber diesen Betrag wird noch verhandelt. Weit wichtiger aber als seine Höhe ist für Deutschland die Vorfrage, ob die Entente gewillt ist, auf folgende fünf Bedingungen einzugehen, von denen es sein Eintreten auf das Projekt Seydoux abhängig machen möchte: 1. Oberschlesien muß im Deutschen Reich verbleiben; 2. Herabminderung der Besatzungskosten; 3. Rückerstattung eines Teils der Handelskonnosse; 4. Freiheit des Handels, worin mitinbegriffen ist die Lieferung von Rohstoffen; 5. Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in den Ententeländern und Erleichterungen im Clearingverkehr.

Nehmen wir einmal an, auf einer der Pariser Konferenzen nachfolgenden deutsch-alliierten Genfer Konferenz komme nach Erfüllung oder Nichterfüllung obiger Bedingungen ein Annuitätenvertrag im Sinne des Projektes Seydoux unter vorläufigem Verzicht auf Fixierung der Gesamtentschädigung zustande. Tritt dann nicht gerade der Zustand ein, den man sich gewöhnt hat als den allerunerwünschtesten zu betrachten: die Perpetuierung der allgemeinen Unsicherheit über die Schuldverpflichtungen und Guthaben der wichtigsten Kontinentalstaaten? Gätte es nicht im dringendsten Interesse Europas gelegen, wenn Deutschland endlich einmal erfahren hätte, was es zu zahlen, Frankreich, was es zu fordern hat? Wer wird Deutschland, ohne eine wucherische

Vesorgung, daß dieses durch die Verquickung mit dem Orientproblem und andern heterogenen Dingen leiden könnte, die an den politischen Börsentagen von Paris auf den Markt kommen.

## Die Friedensprobleme.

### Die Pariser Ministerkonferenz.

Sp. Berlin, 21. Jan. Ag. (Wolff.) Die Konferenz der Regierungschefs in Paris wird sich voraussichtlich nicht mit vorläufigen Berichten der Entente-delegierten über das Wiedergutmachungsprogramm beschäftigen. Nach Mitteilungen aus Paris ist in Aussicht genommen, daß im Anschluß daran die Verhandlungen in Brüssel ihren Fortgang nehmen.

(-) Paris, 21. Jan. Der auf Sonntag Nachmittag zu erwartenden britischen Abordnung für die neue Ministerkonferenz werden außer Lloyd George, dem Minister des Aeußern, Lord Curzon, auch der Generalstabschef Marshall Wilson, der britische Delegierte in der Kommission zur Entwaffnung Deutschlands, Bingham, sowie mehrere Marinefachverständige und Beamte des Ministeriums des Aeußern angehören.

(-) Berlin, 21. Jan. (Europapress.) Wie verlautet, hat die Reichsregierung die Absicht, dem morgen nach Paris zurückkehrenden General Mollet eine Note über die Entwaffnungsfrage mitzugeben, fallen gelassen.

### Die Wiedergutmachungen.

Sp. Paris, 21. Jan. Ag. (Sabas.) Zu der offiziellen deutschen Note, welche die Darlegungen, die der deutsche Botschafter am Dienstag Abend dem Minister-

machungen und der Entwaffnung vorzubereiten. Diesen Blättern zufolge ist die britische Regierung der Ansicht, daß Berlin in loyaler Weise sein Möglichstes getan hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Sie ist nicht geneigt, die Drohungen und Verdächtigungen Frankreichs zu billigen.

K. Berlin, 22. Jan. (Privattele.) Die Meldungen der Pariser Blätter über das Verhalten des Staatssekretärs Bergmann lassen erkennen, daß er in Paris zunächst unter derjenigen Weisung verhandelt hat, die ihm vor seiner Abreise in Berlin gegeben worden war. Erst nach der Abfahrt Bergmanns fand jene Wendung der Dinge statt, die die amtliche Erklärung des deutschen Außenministers an den französischen Botschafter und die Weitergabe dieser Instruktion an den deutschen Botschafter in Paris und an den Staatssekretär Bergmann zur Folge hatte. Auf Grund dieser neuen Instruktion wird jetzt einheitlich verhandelt. Es bestehen nunmehr keinerlei Differenzen mehr über die Auffassung dieser Instruktion zwischen dem Minister des Aeußeren und dem Reichsminister der Finanzen.

Weiter wird zu den Verhandlungen Bergmann von zuständiger Stelle erklärt, daß Bergmann voraussichtlich in den nächsten Tagen mit den Unterhändlern der Entente über die Seydoux'schen Vorschläge zur Durchführung von Sachleistungen in Verhandlungen treten wird. Diesen Verhandlungen werden formulierte deutsche Vorschläge zugrunde liegen. Heute sind aus Paris neue und wichtige Berichte Bergmanns im auswärtigen Amt eingelaufen.

## Ueberlandbahn St. Jakob-Muttenz.

W. Die Gemeinde Muttenz freute sich am Freitag der Erfüllung eines seit Jahren gehegten Wunsches; sie empfing die ersten blumengekränzten Straßenbahnwagen in ihren Mauern. Als einzige Ortschaft in Basels nächster Umgebung war Muttenz bis gestern ohne Tramanschluß; es schien nahe, als ob das vom Naturschutzbund gehegte Wirsufelbühl mit seinen Erlen und Nachtigallen diese städtische Ausstrahlung mit einem Baubahn verhindere.

Mit den Muttenzern wohnten zahlreiche Persönlichkeiten aus Baselland und Baselstadt der Eröffnungsfestfeier des Trambahns, genauer gesagt des „Teilstückes St. Jakob-Muttenz der Basellandschaftlichen Ueberlandbahn“ bei. Am rechten Wirsufer, auf Baselland Boden, landeten, vom Aeschenplatz hergefahren, drei Wagen der Basler Straßenbahn mit den Delegationen städtischer und basellandschaftlicher Behörden; von Muttenz stellten sich die Gemeindevertreter bei der hübsch dekorierten Haltestelle ein, begleitet von einem Kranz ehrenweinspendender Damen in alter Basellandtracht.

Regierungspräsident G. A. Bah aus Diestal begrüßte die Festgemeinde namens des Kantons Baselland, Abgeordnete der Basler Regierung, des Großen Rates, der Straßenbahnverwaltung, der Bundesbahnen, des Landrates von Baselland, der Gemeinde Muttenz und der benachbarten Ortschaften usw. Er dankte namentlich die Mitwirkung der Stadt Basel beim Zustandekommen des neuen Verkehrsmittels und gab in einem warmen „Glückauf“ der Hoffnung Ausdruck, daß die Ueberlandbahn der Wohlfahrt beider Halbkantone dienen möge. Regierungspräsident Dr. F. Hauser dankte Gruß und Einladung im Namen der Stadt Basel; er betrachtet die von Muttenz bis ins Zentrum des Basler industriellen Lebens führende Linie als ein Symbol der

wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit von Stadt und Land. Gemeindepräsident und Landrat Brüderrlin aus Muttenz gab den Gefühlen seines Dorfes Ausdruck, das sich lange gedulden mußte. Er blickte zurück auf die Vergangenheit: vor 40 Jahren verband bloß ein Steg die beiden Wirsufer; wie einst die Landstraße, so soll nun auch die Ueberlandbahn einen Aufschwung bringen. Merket Hoffnungen knüpft Muttenz an das heutige Ereignis; am romantischen Abhang des Wartenberges können noch viele Leute, denen die Stadtluft zu schwül wird, ihren Wohnsitz nehmen....

In diese Begrüßung schloß sich die Fahrt auf der noch baufrischen neuen Strecke, in gemächlicher Steigung der Bappel-Allee entlang aufwärts. Die roten Dächer und rötlichen Häuserreihen des Freibors erschienen viel Bevölkerung hatte sich bei der „Haltestelle Freiborf“ eingefunden. Die Wohnkolonie, deren Schöpfer an das Zustandekommen der Ueberlandbahn wesentlich beigetragen hatten, meldete sich ebenfalls mit einer freundlichen Begrüßung; die Schuljugend des Freibors sang frisch; und weder das Basellandlied von Wilhelm Senn „Wo Schönebuech bis Ammel“; sogar eine Erfrischung und eine Rauchspende durften nicht fehlen. Nach kurzem Halt ging die Fahrt weiter ins Festdorf Muttenz. Unter der Silhouette der Wartenberger Ruine blühte am Berghang ein Bällerschuß; beim Dorfeingang winkte die Schuljugend und hinter ihr das erwachsene Muttenz; aus der Menge ragten Waktrompetenrohre und Musikantenfederbüsche, und ein strammer Festmarsch empfing das Fuder der Ehrengäste, die an weißen und roten Blumensträußchen kenntlich waren.

Das Wort ergriff nun Landrat R. Müdin als Vertreter der Gemeinde Muttenz im Verwaltungsrat der Ueberlandbahn. Er entwickelte kurz die Geschichte der elektrischen Bahnverbindung Basel-Muttenz, gewissermaßen eine Leidensgeschichte für die Geduld des Dorfes Muttenz. Die ersten Bemühungen um eine Tram-

bahnverbindung reichen bis ins Jahr 1898 zurück; sie blieben erfolglos wegen des Umbaus des Güterbahnhofes. Anno 1908 wurden die ersten Konzessionsbegehren eingereicht; keines wurde weiter verfolgt, weil die Straßenbenützung in Basel nicht in gewünschtem Sinn geregelt werden konnte. Im Jahre 1908 kam aus dem Wirsed die Idee einer Verbindung zwischen Basel und Muttenz über Neue Welt, und in der Folge konkurrierten ein St. Jakob- und ein Neue Welt-Komitee, und darum ging die Geschichte nicht vom Fleck; im Jahre 1913 nahm sich der Landrat von Baselland der Ueberlandbahn an und erhielt die Konzession; noch einmal verzögerte sich der Bau wegen des Kriegsausbruches. Als schließlich 1915 die Basler Straßenbahnen eine Linie bis an die Wirsbrücke bei St. Jakob erbaut hatten, wurde bald darauf ein letzter energischer Anlauf genommen, und heute ist Muttenz am Ziel seiner Wünsche. Den Charakter eines heimeligen Bauerndorfes wird die Ortschaft nun allerdings immer mehr verlieren; möge aber auch die neue Entwicklung ihr zum Guten dienen.

Als der Redner geschlossen hatte, stimmte die Jugend den Gästen von jenseits der Wirs zu Ehren das Lied „Basel am mirn Mh“ an. Dann durfte sie in einer Gratisfahrt die neue Bahn ausprobieren, und die Festgäste begaben sich ins Köhli, zu einem vom Verwaltungsrat angebotenen Imbiß. Regierungspräsident Dr. Tannen wiederholte den Gruß der basellandschaftlichen Behörden; insbesondere dankte er den anwesenden Vertretern der beiden Kantonalbanken für ihre Bemühungen um die Finanzierung des Projektes. St. Jakob-Muttenz soll nur ein Teilstück sein; die Fortsetzung der Ueberlandbahn vorläufig bis nach Diestal wird nicht auf einmal kommen können. Die Bahnbestrebungen dürften rascher an ihr Ziel gelangen, wenn vorerst Muttenz-Pratteln als weiteres Teilstück gebaut wird. Die Vorbereitungen dafür sind im Gang; übers Jahr soll die Einweihung sein.

Herr Prof. Dr. Speiser, den Regierungsrat Laner als den großen Förderer des Basler Straßenbahnwesens im besonderen begrüßt hatte, ergriff das Wort, um seiner Freude über das Zustandekommen dieser Bahnverbindung auszudrücken. Er hatte sich seinerzeit einen anderen Weg vorgestellt: eine Linie der städtischen Straßenbahnen gleich wie in die übrigen Vororte Basels. Das wäre rascher gegangen; nun hat Baselland aber zum Entgelt die Möglichkeit, die Ueberlandbahn weiter hinauf zu bauen; dessen freuen sich auch die Basler aufrichtig, denn immer kommen sie gern ins Baselland. „Ohne alle Rivalität wünschen wir, daß die energische und klug geführten wirtschaftlichen Bestrebungen von Baselland sich weiter gut entwickeln werden.“

Als Vertreter einer Konkurrenzfirma, wie er sich humorvoll ausdrückte, sprach zum Schluß Herr F. Christen, Präsident der Kreisdirektion II der Bundesbahnen. Die S. B. A. legen nie einem Unternehmen Hindernisse in den Weg, das den Vorortsverkehr zu verbessern sucht; denn für sie bildet der Vorortdienst eine große Belastung. Möge die neue Bahn die Freundschaftsbände zwischen Stadt und Land fester knüpfen.

Das hat sie offenbar schon am Einweihungstag getan. Harmonisch verliefen die kurzen Stunden des Beisammenseins; Muttenz hatte zur Feier des Tages mancherlei bekannte und verborgene Talente aufgeboten. Mehrere poetische Begrüßungen, in denen Hoffnungen, Enttäuschungen und nun wieder die neuen Hoffnungen oft recht launisch zum Ausdruck kamen, wechselten mit Musikvorträgen der Muttenzer Dorfmusik und mit Gesängen der Ehrentugendern.

Als sich die Gesellschaft gegen 7 Uhr auflöste und die auswärtigen Gäste elektrisch stadtmwärts fuhren, schiedten sich die Behörden und Vereine von Muttenz zu einer eigenen Trambahnfeier an, um den wichtigen Tag froh ausklingen zu lassen.